

FDP/Volt	Eingang Büro der Kreisorgane am 07.09.2026	Antrag 2026/0109/AT
Betreff:	Antrag der FDP/Volt-Kreistagsfraktion Umsetzung des Gewalthilfegesetzes (GewHG) im Hochtaunus- kreis	

Beschlusstext

Der Kreisausschuss wird gebeten, im Ausschuss für Jugend, Soziales und Integration einen Bericht zur Umsetzung der Rechtsansprüche gemäß des Gesetzes zur Sicherung des Zugangs zu Schutz und Beratung bei geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt (Gewalthilfegesetz – GewHG) vorzulegen.

Es handelt sich dabei um die Einrichtungen nach § 2 GewHG in Hessen, also Frauenhäuser, Beratungs- und Interventionsstellen und Frauennotrufe (Beratungsstellen bei sexualisierter Gewalt). Zusätzlich erfasst werden sollen die Einrichtungen der Täterarbeit nach § 8 Abs. 2 Satz 1 und 2 GewHG.

Im Bericht sollen insbesondere folgende Fragen beantwortet werden:

- **Derzeitige Lage:**
 - Wie viele Personen (Frauen und Kinder) sind derzeit untergebracht?
 - Wie ist die Altersstruktur der aufgenommenen Frauen und Kinder?
 - Wie hoch ist die jeweilige durchschnittliche Wartezeit bei Angabe der höchsten und niedrigsten Wartezeit?
 - Wie erfolgt in der Regel die Vermittlung eines Platzes?
 - Wie viele Frauen bekommen durch Dritte einen Platz vermittelt? Wie viele Frauen auf Eigeninitiative?
 - Wie wird die Nachbetreuung nach Aufenthalt in einem Frauenhaus von Frauen und Kinder angenommen?
- Welche spezifischen Bedarfe, Lücken und Barrieren im Kreisgebiet (insb. bzgl. Frauenhäuser, Zufluchtswohnungen und ambulante Beratungsstellen) sind bisher erfasst?
- Wie viele zusätzliche Schutzplätze müssen im Hochtaunuskreis geschaffen werden, um den Vorgaben der Istanbul-Konvention sowie dem ab 2032 geltenden individuellen Rechtsanspruch gerecht zu werden?
- Wie wird die Finanzierung der Beratungsstellen und Schutzplätze sichergestellt?
- Wie werden bestehende Träger der Frauenhaus- und Beratungsinfrastruktur im Hochtaunuskreis (wie z.B. Frauen helfen Frauen HTK e.V., Regionale Diakonie Hochtaunus, Frühe Hilfen Hochtaunus, AWO) sowie die kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in den Planungs- und Übergangsprozess eingebunden?

Begründung

Zuletzt hat der Kreisausschuss im Jahr 2022 dankenswerterweise einen Bericht zur Situation der Frauenhäuser gegeben. Nun stellt sich die Frage im Vorgriff auf die kommenden Haushaltsjahre sowie auf die Umsetzung des Gewalthilfegesetzes, wie die aktuelle Situation in den Beratungsstellen sowie Frauenhäusern ist und ob es hier weiteren Handlungsbedarf gibt.

Aktuell fehlen in Hessen im Vergleich zu den Vorgaben der Istanbul-Konvention rund die Hälfte der benötigten Frauenhausplätze. Auch im Hochtaunuskreis stoßen die bestehenden Kapazitäten regelmäßig an ihre Grenzen. Gleichzeitig besteht die berechtigte Sorge der kommunalen Spitzenverbände, dass die Bundes- und Landesmittel nicht ausreichen, um die realen Kosten des Ausbaus zu decken.

Mit diesem Antrag möchten wir sicherstellen, dass der Hochtaunuskreis handlungsfähig bleibt, das Hilfesystem für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder zukunftsfest ausgebaut wird und frühzeitig Finanzierungslücken aufgedeckt werden.

Gez.

Holger Grupe
Fraktionsvorsitzender
führer

Fiona Byrne
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Tim Hordorff
Parlamentarischer Geschäfts-